

Dr. Hermann Otto Solms, MdB
Vizepräsident des Deutschen Bundestages
Vorsitzender des Arbeitskreises Wirtschaft und Finanzen
der FDP-Bundestagsfraktion

11011 Berlin
Platz der Republik 1

Tel. (030) 227 - 77 456
Fax (030) 227 - 76 430

www.hermann-otto-solms.de

26. Januar 2011

Europa stärken – Weichenstellungen für eine neue Stabilitätsordnung

Deutschlands Zukunft liegt in Europa. Nationale Alleingänge oder gar einen „deutschen Weg“ darf es nie wieder geben. Für diese Richtungsentscheidung haben Freie Demokraten jahrzehntelang gearbeitet, an ihr lässt die FDP auch heute, in einer kritischen Phase der europäischen Politik, niemanden rütteln.

Der deutsche Liberalismus hat ein klares Ziel: Wir wollen ein Europa der Einheit in Vielfalt. Wir wollen eine Europäische Union, die stark und attraktiv ist, weil sie sich auf jene großen Aufgaben konzentriert, die auf nationaler Ebene nur ungenügend oder gar nicht mehr gelöst werden können. Und in der die Staaten, die sich in Freundschaft verbinden, zugleich das Recht und die Pflicht behalten, alle anderen Aufgaben in eigener Verantwortung wahrzunehmen. Das ist der bewährte Grundsatz der Subsidiarität.

Diese Leitschnur durchzieht alle unsere Beschlüsse zur Europapolitik, sie war die Grundlage für die Zustimmung der FDP zur Europäischen Währungsunion. An ihr orientieren wir uns auch jetzt, in der Krise der Währungsunion.

Otto Graf Lambsdorff hat die europäische Währungsunion vor ihrem Start einmal als einen „Schatz im Weinberg“ bezeichnet. Die Einheit Europas in Vielfalt gemäß dem Subsidiaritätsprinzip sei „ein Schatz, den zu heben jede Anstrengung lohnt“. Im Gleichnis vom verheißenen Schatz im Weinberg finden die Schatzsucher allerdings keine Truhe Gold, die ihnen fortan ein leichtes Leben ermöglicht. Es sind vielmehr die anstrengenden Grabe-Arbeiten der Suchergruppe selbst, die den Boden fruchtbar machen und damit für Wohlstand und Zufriedenheit sorgen.

Die liberale Vision von einem Europa, das auf dem Subsidiaritätsgedanken gründet, ist also nicht immer bequem. Aber sie ist tragfähig und voller Chancen. Sie unterscheidet sich klar von all jenen Rezepten, die einen zentralistischen Bundesstaat anstreben, den Wettbewerb aushebeln und Märkte so oft es geht durch stimmungsabhängige politische Entscheidungen ersetzen.

Hier liegt der eigentliche Dissens in der Debatte: Nicht um das Ob, sondern um das Wie der europäischen Einigung wird zwischen den Parteien gestritten. Diese Auseinandersetzung muss fair, aber offensiv geführt werden.

Die Währungsunion braucht die weitere Annäherung der wirtschaftspolitischen Grundsätze, Ziele und Instrumente der Wirtschaftspolitik. Aber wir wollen keine Konvergenz, die zentral übergestülpt wird - sondern eine, die im Wettbewerb um die beste Praxis der Mitgliedstaaten wächst.

Eine verbesserte wirtschaftspolitische Koordinierung durch die Union sollte Fehlentwicklungen in einzelnen Mitgliedstaaten klar benennen und die Reformen, die von den Mitgliedstaaten eigenverantwortlich, in nationaler Souveränität umzusetzen sind, auf europäischer Ebene überwachen. Eine Wirtschaftsregierung im Sinne einer Detailsteuerung

von Einzelmaßnahmen der Mitgliedstaaten durch einseitige Vorgaben der Union lehnen wir aber ab. Das würde gegen den Wettbewerbsgedanken und die Prinzipien von Subsidiarität und Eigenverantwortung verstoßen.

Wenn wir heute die europäischen Schuldenprobleme diskutieren, geschieht das nicht im luftleeren Raum. Sondern auf der Basis der gemeinsam verabredeten Währungsverfassung. Die Währungsunion wurde als eine marktwirtschaftliche Stabilitätsordnung entworfen und vertraglich vereinbart. So wurde sie von den Parlamenten ratifiziert. So haben wir sie den Bürgern erklärt und ihnen versprochen, dass sie für die D-Mark einen genauso stabilen Euro bekommen.

Dieser Grundkonsens gilt. Wer ihn aufkündigen will, muss das offen sagen und begründen. Einen Umbau durch die Hintertür darf es nicht geben. Wer im Zuge des notwendigen Krisenmanagements versucht, die ordnungspolitischen Grundpfeiler des Euro zu verschieben, der gefährdet nicht nur die Glaubwürdigkeit europäischer Politik. Er riskiert letztlich den Erfolg, ja das Überleben des europäischen Projekts.

Die Eckpunkte der Währungsunion waren und sind

- Unabhängigkeit der Notenbank
- keine Monetisierung von Schulden, das heißt: Staatsschulden dürfen nicht durch Gelddrucken bedient werden
- Stabilitätspakt zur Begrenzung der Staatsschulden
- „No Bail Out“ Regel, also keine Kollektivhaftung der europäischen Partner für nationale Schulden.

Die Finanzpolitik soll damit zweifach diszipliniert werden: Durch selbst gesetzte Regeln, deren Einhaltung von den Regierungen gemeinsam überwacht und sanktioniert wird; und zugleich durch das unabhängige Urteil des Kapitalmarkts.

Als sich 2009 die Schuldenkrise abrupt zuspitzte, ist die Politik teilweise an die Stelle der Märkte getreten. Mit Notfallmaßnahmen haben wir die Finanzierung bedrängter Staaten gesichert. Die Politik hat Panik verhindert und die Zeit gekauft, die für die Vorbereitung geordneter Lösungen notwendig ist.

Daraus darf aber kein Dauerzustand werden. Wir müssen die fiskalischen Probleme jetzt an der Wurzel angehen und Glaubwürdigkeit und Berechenbarkeit der Politik zurückgewinnen. Das gelingt nicht durch einen mehr oder minder geschickt kaschierten Länderfinanzausgleich.

Die gegenwärtig diskutierten Ausbesserungen des Rettungsschirms lehnen wir ab, da sie nicht zum Kern des Problems vordringen: Sie erweitern nur das Notfallregime und setzen einseitig auf die vermeintliche Entscheidungskraft der Politik. Die Erfahrung lehrt uns, dass die europäischen Regierungen es nicht einmal geschafft haben, ihre bisherigen Regeln einzuhalten: 73 Mal hat die Neuverschuldung der Länder Europas die 3%-Grenze des Stabilitäts- und Wachstumspaktes überschritten. Zu Strafen kam es in keinem Fall. Wie soll ein Überwachungsmechanismus bei einem weitaus größeren und ambitionierteren Vorhaben – der Konvergenz der Wirtschaftspolitik – funktionieren, wenn er schon im bescheideneren Umfang versagt hat!

Wir müssen dafür sorgen, dass der Markt wieder seine Arbeit tun kann, denn als neutraler, externer Wächter ist er unverzichtbar.

Mitglieder der Eurozone, die ihre Wettbewerbsfähigkeit verloren haben, müssen Strukturen reformieren. Soweit sie ihre Schuldenlast auf Dauer nicht tragen können, müssen sie

zusammen mit ihren Gläubigern einen Weg der Umschuldung suchen. Die Erfahrungen des „Londoner Clubs“ zeigen, wie dies in geordneter Weise geschehen kann.

Es ist unvermeidlich, dass in erster Linie die Gläubiger die Lasten einer solchen Umschuldung tragen. Wir dürfen uns hier nicht erpressen lassen. Natürlich muss die Politik verhindern, dass die Abschreibungen einzelne Institute so überfordern, dass das Bankensystem als Ganzes in Gefahr gerät. Dafür haben wir aber bereits Sicherheitsnetze geschaffen. Mehr darf dem Steuerzahler nicht zugemutet werden.

Die Aufgabe der Sanierung und gegebenenfalls Umstrukturierung stellt sich jedem Land in anderer Weise. Nach dem Subsidiaritätsprinzip muss sie auch entsprechend dezentral angegangen und politisch verantwortet werden.

Hilfe zur Selbsthilfe unterstützen wir. Aber die Vergemeinschaftung von Schulden etwa durch Eurobonds lehnen wir ab. Wenn jeder für jeden haftet und das Prinzip der Eigenverantwortung aufgegeben wird, führt das nicht zu vertiefter Integration. Es stärkt im Gegenteil die Zentrifugalkräfte.

Die Transferunion ist eine verführerisch einfache Lösung. Sie klingt nach edler Solidarität, legt aber den Keim für künftige Zerwürfnisse. Ist Verantwortung nicht mehr zuordenbar, entsteht das Moral Hazard Problem: Die Versuchung wächst, zu Lasten der anderen eigenen harten Entscheidungen auszuweichen. Das vergiftet auf Dauer das Verhältnis zwischen Gebern und Nehmern. Die einen meinen, sie würden ausgeplündert, die anderen fühlen sich kolonisiert und kujoniert. In der Transferunion würde sich Deutschland in der Doppelrolle des Zahl- und Zuchtmeisters wiederfinden. Das kann kein Weg zur friedlichen Fortentwicklung Europas sein!

Der Block der sechs Länder (Deutschland, Frankreich, Österreich, Niederlande, Finnland, Luxemburg), der gegenwärtig den Stabilitätsanker der Union darstellt, darf im Übrigen keinesfalls überfordert werden. Wenn diese bislang mit bester Bonität ausgestatteten Länder ebenfalls in einen Schuldenstrudel geraten, dann ist ganz Europa in Gefahr. Wer Europa und die Währungsunion in die Zukunft führen will, darf also nicht den vermeintlich einfachen Weg der Transferunion gehen.

Berlin, den 26. Januar 2011